

Wien, am Dienstag, den 17. Dezember 1929

Budgetdebatte

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 17. Dezember 1929

Vorsitzender GR. Weigl eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über den städtischen Voranschlag für 1930 fort. Zur Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten.

Vizebgm. Hoss (E.L.) spricht zunächst über das Gartenwesen, wobei er bemerkt, dass der Wasserpark in Floridsdorf vollständig misslungen ist. Ueber die Bretteldorfer Angelegenheit sagt Vizebgm. Hoss, dass bis zum Jahre 1925 die Siedler von Bretteldorf und vom Bruckhaufen von der Gemeinde geschützt und gestützt wurden. Heute werden sie wegen unberechtigten Bauens mit Geldstrafen von 200 bis 2000 Schilling bestraft. Bretteldorf und Bruckhaufen müssen endlich einmal saniert werden. Die Gemeinde möge die bestehenden Baulichkeiten genehmigen und nur jene Neubauten bewilligen, die den Vorschriften entsprechen. Bezüglich der Reichsbrückenfrage erklärt der Redner, dass sich die Gemeinde nunmehr rasch entschliessen müsse, die auf sie entfallenden Baukosten zu tragen. Bundesminister Hainisch hat im Nationalrat erklärt, dass schon seit Sommer bei der Gemeinde drei Entwürfe liegen. Diese werden wohl überprüft, wegen der Beitragsleistung jedoch hat die Gemeinde bis heute noch keine Erklärung abgegeben. Vizebgm. Hoss richtet an Stadtrat Breitner das Ersuchen, die Reichsbrückenfrage so rasch wie möglich einer Lösung zuzuführen. (Beifall)

GR. Hörmayer (E.L.) spricht über die Schulerhaltung, über die Strassenpflege und über das Gartenwesen. Er kritisiert, dass für die Kirchenerhaltung nur 20.000 Schilling vorgesehen sind. Dieser Betrag ist ein viel zu geringer. Der Redner beantragt, für die Kirchenerhaltung im Budget 40.000 Schilling aufzunehmen. Ein zweiter Antrag des GR. Hörmayer geht dahin, eine städtische Badeanlage in der Leopoldstadt, und zwar in Donaustadt zu errichten. (Beifall).

GR. Stöger (E.L.) kritisiert ebenfalls, dass für die Kirchenerhaltung nur 20.000 Schilling vorgesehen sind. Das zeigt, dass die Gemeinde nicht gesonnen ist, auf diesem Gebiet ihre Pflicht zu erfüllen. Der Redner beschäftigt sich sodann ausführlich mit dem Zustand der Kaiserin Elisabeth-Marmorbank auf dem Kahlenberg. Das Denkmal sieht heute nur mehr einer Abfallkiste ähnlich. Das ist einer Gemeinde wie Wien unter allen Umständen unwürdig.

Die Erhaltung der Kirchen und Denkmäler ist eine Kulturangelegenheit ersten Ranges, und auch schon aus wirtschaftlichen Gründen, um die Arbeitslosigkeit zu mildern, sollte daran gearbeitet werden. Der Redner verlangt die Bereitstellung ausreichender Summen für diese Zwecke. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Preyer (E.L.) klagt über die Vernachlässigung der Strassen, namentlich im VIII. Bezirk, der schon im Jahre 1929 hinsichtlich der Strassen sehr schlecht behandelt worden war. Er lenkt die Aufmerksamkeit des Referenten vor allem auf den Platz vor der Piaristenkirche. Die Piaristenkirche ist heuer neu renoviert worden und die architektonischen Schönheiten der Kirche kommen jetzt erst ^{so recht} zum Ausdruck. Aber die Gemeinde tut zur Verschönerung des Platzes gar nichts. Man hat den Platz zwar nach dem verstorbenen allseits geehrten Jodok Fink genannt und man hätte glauben sollen, dass die Gemeinde nun alles daran setzen wird, diesem Platz auch ein würdiges Aussehen zu geben. Statt dessen wird dort das Pflaster arg vernachlässigt, es gibt auf dem Platz die ärgsten Tümpel, ja im Winter wird er als Mist- und Schneeablagerungsstätte benützt. Der Referent müsste hier nach dem Rechten sehen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Urban (E.L.) hält die Post "Wettbewerb für Blumenschmuck an Fenstern und Balkons für zu gering und beantragt die Erhöhung dieser Post auf mindestens 15.000 Schilling, wobei er darauf hinweist, dass der eingesezte Betrag nicht genügt habe, um ^{eine entsprechende} Zahl von Prämien für den schönsten Blumenschmuck anlässlich der Aktion Wien im Blumenschmuck zu geben. Die Hälfte der dritten Prämien musste gestrichen werden. Hinsichtlich der städtischen Werkstätten bemängelt es Gemeinderat Urban, dass die Dampfwascherei Arbeiten für Bundesbetriebe übernimmt, da hiedurch den Gewerbetreibenden ein Verdienst weggenommen wird und dass die Steinmetzwerkstätte der Gemeinde Wien durch die Abgabe billiger Grabsteine, die die Gemeinde von aufgelassenen Gräbern unentgeltlich an sich zieht, das Gewerbe schädigt. Er kritisiert es ferner, dass der Bau von Strassen zu lange dauert und dass die Schlaglöcher in den meisten makadamisierten Strassen noch immer nicht behoben sind. Auch die Umwandlung der Strassenmakadamisierung in die Betonierung geht zu langsam vor sich. Das Coloniasystem hat nicht zu einer Verminderung der Staubplage geführt. Ganze Strassenzüge entlang gibt es sehr schlecht schliessende Kübel. An manchen Häusern kommt der Colonia-Zug nur alle 12 bis 14 Tage vorbei. Der Redner beklagt sich ferner über den Zustand der Gartenanlagen auf der Rossauerlände und verlangt, dass für den Gartenbetrieb vor allem die Gärtner und nicht Hilfsarbeiter, die vom Gartenwesen

nichts verstehen, verwendet werden. Er verlangt schliesslich eine Ausgestaltung des Angelbades im 21. Bezirk. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Damit ist die Debatte über die Verwaltungsgruppe V geschlossen. Stadtrat Richter stellt in seinem Schlusswort zunächst fest, dass nicht nur das Budget der Verwaltungsgruppe V, sondern das aller anderen Gruppen ein recht bescheidenes sei, da uns nur bescheidene Mittel zur Verfügung stehen. Die Ausgaben des Voranschlages der Gruppe V betragen nicht, wie behauptet wurde acht, sondern sechzehn Prozent der Gesamtausgaben, was ungefähr der Grösse dieser Verwaltungsgruppe entspricht. Stadtrat Richter beschäftigt sich sodann mit den Einwendungen der einzelnen Debatteredner. Was die Strassenarbeiten betrifft, ist zu Beginn des vergangenen Jahres der Auftrag gegeben worden, dass alle Strassenarbeiten so rasch wie möglich in Angriff genommen werden, da wir selbst grossen Wert darauf legen, nach dem langen Winter möglichst rasch zu beginnen. Dass einzelne Arbeiten später begonnen werden, oder länger dauern, erklärt sich daraus, dass das Einvernehmen mit anderen Stellen, den Strassenbahnen, den Gas- und Stromwerken u.s.w. gepflogen werden muss und dass die notwendigen Einbauten längere Zeit dauern. Es werden wegen der hohen Kosten der Pflasterung Versuche mit den verschiedensten Pflasterarten gemacht. Und bevor eine Strasse gebaut wird, werden wiederholt genaue Zählungen des Verkehrs vorgenommen. Es ist richtig, dass zu den Kosten der Brückenbauten zum Teil die Interessenten herangezogen werden, was aber keine Erfindung der Gemeinde und auch nichts neues ist. So wurden an Baukosten für die Floridsdorfer Brücke nur 19 Prozent von der Gemeinde aufgebracht, das übrige von den Strassenbahnen, Gaswerken, Elektrizitätswerken und der Wasserleitung, bei der Kagraner-Brücke wurden 70 Prozent von den Interessenten getragen, beim Gassteg 100 Prozent vom Gaswerk. Die alte Brigittabrücke ist als Alteisen verkauft worden und wird nicht mehr aufgestellt, weil sich durch den Transport und die Verwendung des nicht mehr recht brauchbaren Materials der Bau der neuen Brücke zu sehr verteuern würde. Die Entwürfe über die Reisbrücke sind erst im November im Rathaus eingelaufen, so dass man uns nicht den Vorwurf machen kann, dass wir sie zu lange liegen gelassen hätten. Die Klage, dass die Colonia-Kübel zu spät abgeholt werden, ist zum Teil berechtigt. Das erklärt sich aus der Vergrösserung der Mistmengen im Laufe der Jahre, obwohl bei uns nicht, wie das die Fachmänner für den Hauskehr nicht behaupten, gesagt werden kann, dass die grösseren Mistmengen als ein Zeichen des wachsenden Wohlstandes angesehen werden können. Das wilde Bauen im Bretteldorf haben wir bisher pardonierte, in Zukunft muss aber dem Wildbauen ein Ende gemacht werden. Dagegen, dass die Dampfwäscherei für die Bundesbahnen und die Spitäler wäscht, ist wohl nichts einzuwenden, da doch niemand verlangen wird, dass wir dem Bund die Spitalskosten erhöhen. Richtig ist, dass die Gartenanlagen durch den Frost des letzten Winters sehr gelitten haben und dass die notwendigen Herstellungsarbeiten aus Geld- und Zeitmangel bisher nicht vorgenommen werden konnten. Dasselbe trifft aber für die Bundesgärten zu. Zur baulichen Erhaltung der Kirchen und Pfarrhäuser, haben wir alles getan, um diese Bauten nicht verfallen zu lassen und im heurigen Jahr ist auch ein grösserer Betrag hiefür eingesetzt. Nicht richtig ist, dass wir die Dreifaltigkeitssäule von der Hütteldorferstrasse wegschaffen wollen, die Polizei will das, weil diese Säule ein Verkehrshindernis ist. Ebensowenig wird an eine Verschiebung oder Abtragung des Tegetthoffdenkmales gedacht. Was schliesslich die Aktion Wien im Blumenschmuck betrifft, so sind von tausend Anmeldenden, 541 mit Prämien beteiligt worden. Das ist eher zu viel als zu wenig. Stadtrat Richter ersucht, dem Voranschlag der Verwaltungsgruppe V zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe V werden unverändert angenommen, die beiden Anträge Hengl, sowie die Anträge Schelz und Hörmayer, wegen Errichtung von Bädern im XX. und II. Bezirk werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die übrigen Minderheitsanträge abgelehnt.

Es wird in die Beratung der Verwaltungsgruppe VI, Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten eingetreten.

Stadtrat Kokrda hebt zunächst hervor, dass das Gesamterfordernis der Verwaltungsgruppe VI um 3.7 Millionen Schilling höher ist, als im Jahre 1929. Den grössten Teil der Ausgabensumme und zwar 78.6 Millionen Schilling erfordert das Schulwesen, das ist 4.4 Millionen mehr als im Vorjahr. An Investitionen für die Approvisionierungsanstalten ist ein Betrag von drei Millionen Schilling vorgesehen. Von dem für das laufende Jahr für die Ausgestaltung der Grossmarkthalle festgesetzten Betrag von 2.8 Millionen Schilling wurde nur ein Teil verwendet, da die Vertragsverhandlungen mit der Generaldirektion der Bundesbahnen erst vor einigen Wochen abgeschlossen wurden, so dass mit der weiteren Ausgestaltung der Grossmarkthalle erst im kommenden Jahr wird begonnen werden können.

Das Bundesministerium für Land- und Fortswirtschaft hat im Frühjahr durch einige Erlässe, die die Belieferung Oesterreichs mit Fleisch aus dem Ausland betreffen, in den Kreisen der Konsumenten wahres Entsetzen ausgelöst. Diese Erlässe haben die Einfuhr von Fleisch derart erschwert, dass in der Belieferung der Grossmarkthalle heuer eine starke Verminderung eingetreten ist. So wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1929 in die Grossmarkthalle 23'8 Millionen Kilogramm Rindfleisch eingeliefert, das ist um rund 1'5 Millionen Kilogramm weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Hievon kamen 16'7 Millionen Kilogramm aus den Schlachthäusern. Vergleicht man die Fleischmenge, die aus den Schlachthäusern in der Grossmarkthalle vom 1. Jänner bis 30. November 1929 ankam, mit der Fleischmenge in der gleichen Zeit des Vorjahres, so ergibt sich heuer eine Verminderung um 2'5 Millionen Kilogramm. Bis Ende November 1928 sind aus dem Ausland 118.326 Rinder auf den Zentralviehmarkt gebracht worden. In den ersten elf Monaten 1929 aber nur 89.970, also um 28.356 weniger. Der Ausfall an Schweinefleisch in dieser Zeit ist 700.000 Kilogramm. Am krassensten jedoch ist das Verhältnis bei der Zufuhr von Weidner Schweinen. In den ersten elf Monaten 1929 kamen aus dem Ausland 141.000 Stück in die Halle, gegenüber 252.000 Stück im Vorjahr. Dieser gewaltige Rückgang ist auf die Verfügung des Bundesministeriums zurückzuführen, die zwar als eine veterinärpolizeiliche Vorkehrung hingestellt wird, die aber in Wirklichkeit den Zweck verfolgt, die inländische Schweineaufzucht zu fördern. Infolge der künstlichen Unterbindung der Fleischeinfuhr, sollte der Preis auf dem Wiener Markt gesteigert werden. Die Herren der Bundesregierung haben damit argumentiert, dass bei diesen erhöhten Preisen die heimische Landwirtschaft sich der Schweinezucht zuwenden wird und in sehr kurzer Zeit den Wiener Markt mit Schweinen zur Gänze versorgen wird können. Die Fleischpreise sind nun tatsächlich sehr empfindlich gestiegen, der Fleischkonsum ist um ungefähr 30 Prozent zurückgegangen, aber die Belieferung unserer Märkte mit Fleisch aus dem Inland ist trotz der hohen Preise noch immer absolut ungenügend. Dies muss auf die Dauer ganz unertragliche Verhältnisse schaffen.

Im Voranschlag ist für die Errichtung einer neuen Rinderschlachthalle in der Kontumazanlage die Summe von 400.000 Schilling vorgesehen. Der Ausbau der Vorkühlhalle im Rinderschlachthof in St. Marx ist fertiggestellt und wird bereits benützt. Ebenso das Kühlhaus für Schweinefleisch. Die veraltete Anlage des Rinderschlachthauses in Meidling soll aufgelassen werden, es muss aber vorher ein entsprechender Ersatz in St. Marx geschaffen werden.

Der Gemüsemarkt und die Obstmärkte hatten heuer normale Belieferung. Auf dem Naschmarkt wird der Verkehr infolge der unzulänglichen Raumverhältnisse immer schwieriger und stellt an die städtischen Marktorgane und an die Bundespolizei die grössten Anforderungen.

Im Voranschlag ist auch für die Förderung der Landeskultur ein Betrag von 5000 Schilling eingesetzt, mit dem aber mit Rücksicht auf die in Behandlung stehende Aktion für notleidende Weinbautreibende das Auslangen nicht gefunden werden kann. Sobald über den Umfang dieser Hilfsaktion Klarheit herrscht, wird dem Gemeinderat ein Antrag zugehen.

Mit grossen Schwierigkeiten haben die städtischen Lagerhäuser zu kämpfen. Auch für das Jahr 1930 ist ein Abgang von 545.000 Schilling vorgesehen. Die Bemühungen den Lagerhäusern neue Kunden zuzuführen, stossen auf grosse Schwierigkeiten. Bei der Verwaltung wird die grösstmögliche Sparsamkeit eingehalten.

Ohne nennenswerte Schwierigkeiten wickelt sich die Beschaffung der Baustoffe ab. Der Umsatz im Jahre 1929 war 126.525 Waggons.

Stadtrat Kokrda verweist dann noch auf die vom Magistrat durchgeführte Inventur über alle städtischen Liegenschaften, die nun eine sehr übersichtliche Arbeit darstellt, für die alle Mitarbeiter den Dank des Gemeinderates verdienen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Müller (E.L.) kritisiert, dass mindestens zwanzig Prozent der Eltern, die die Säuglingswäsche bekommen, soweit bemittelt sind, dass sie sich die Wäsche selbst kaufen könnten. Der Redner verlangt, dass auch die Einkäufe für die städtischen Unternehmungen durch das Wirtschaftsamt durchgeführt werden sollen. Eine Reihe von Fragen muss endlich einmal gelöst werden; so die Verlegung des Notspitales in Meidling, die Errichtung einer Schule am Wienerberg und die Verlegung des Schwendermarktes. Wie steht es mit dem Luegersterbezimmer, das in einer Schule deponiert sein soll? Für die Errichtung einer Zwetschkenveredelungsanlage im städtischen Lagerhaus sind Millionen von Schilling hinausgeworfen worden. Der Redner kommt dann auf die Verlegung des Christkindlmarktes zu sprechen, wobei er erklärt, dass der Christkindlmarkt unter keinen Umständen auf dem Neubaugürtel belassen werden kann. Schliesslich stellt GR. Müller an den Referenten die Anfrage, ob das Gerücht wahr sei, dass die Obst- und Gemüse A.G. an einem Italiener verkauft worden ist. (Beifall).

GR. Dr. Hengl (E.L.) bespricht die unentgeltliche Abgabe der Lernmittel. Es ist ein unmöglicher Zustand, auch jenen Kindern die Lernmittel unentgeltlich zu geben, deren Eltern sie mit dem Auto in die Schule führen und womöglich noch Ausländer sind. Der Redner beantragt die Lernmittel nur an Kinder minderbemittelter Eltern abzugeben. GR. Dr. Hengl bespricht sodann die Lage der Wiener

Landwirtschaft und der Wiener Weinbauer und stellt folgende Anträge: Für die notleidenden Wiener Weinbauer ist eine Notstandsaktion durchzuführen. Mit der Durchführung soll die landwirtschaftliche Hauptkörperschaft für Wien beauftragt werden. Im Wiener Landtag soll eine Gesetzesvorlage über den Verkehr mit Direktträgerreben eingebracht werden, wobei der Entwurf des österreichischen Weinbauausschusses tunlichst zu berücksichtigen sei. Für die Förderung der Landeskultur soll der Betrag von 50.000 Schilling im Budget vorgesehen werden. Die Verwendung soll auf Grund des Verteilungsplanes der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaft erfolgen.

.....
Stromstörung. Im städtischen Elektrizitätswerk Simmering erfolgte heute abends ein Kurzschluss, der eine kurze Stromstörung zur Folge hatte. Von dieser wurden nur die dem Simmeringer Werk angeschlossenen Teile betroffen. Die Störung dauerte von 10 bis 30 Minuten.
 des Stromnetzes

Der Redner führt sodann Beschwerde darüber, dass alle Wiesen an der Sommerhaide an die sozialdemokratischen Kleinbauern verpachtet werden, obwohl die sozialdemokratischen Kleinbauern nur einen sehr kleinen Viehstand haben. Die Grasnutzung wird vom sozialdemokratischen Kleinbauernverband so spät verlizitiert, dass das Gras vielfach überständig und minderwertig geworden ist. Die Lizitation erfolgt so geheimnisvoll, dass niemand von der bürgerlichen Richtung etwas davon erfährt. Dieser Vorgang muss sofort abgestellt werden und auch Kleinbauern bürgerlicher Richtung, die das Futter dringend brauchen müssen berücksichtigt werden. Auch die freiwerdenden Weingärten werden jetzt von der sozialdemokratischen Kleinbauernorganisation vergeben wobei sich diese Organisation ein Kontrollrecht über die Weingärten anmassiert obwohl der Betrieb des Obmannes dieser Organisation ein Musterbetrieb schlechter Verwaltung ist. Der Redner schliesst mit der Bemerkung, die sozialdemokratische Verwaltung in Wien habe bisher alles getan um die Landwirtschaft zu bedrängen, nichts aber, um sie zu fördern. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Pfeiffer (E. L.) bezeichnet es als sehr erfreulich, dass der Schulverwaltung ein hoher Betrag gewidmet wurde. Allerdings entspricht die Verwendung dieses Betrages nicht unserer Auffassung. Die unentgeltliche Ausgabe der Lernmittel an Kinder bemittelter Eltern ist überflüssig. Dagegen wird von Kindern, die Wiener Schulen besuchen, aber ausserhalb Wiens wohnen ein Lehrmittelbeitrag von 70 Schilling im Jahr eingehoben. Das ist eine Ungerechtigkeit. Die Lehrmittel werden nicht in genügender Zahl zur Verfügung gestellt und entgegen den Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes wird die Lehrerschaft bei Auswahl der Lehrbücher nicht gefragt. In den Lehrbüchern wird Parteipolitik betrieben. Bücher für Geographie und Geschichte sind nur sehr spärlich vorhanden. Die Schulkarten stimmen mit dem Atlas nicht überein. Der Redner beklagt sich sodann über die mangelhafte Reinigung der Schulen sowie darüber, dass es in den meisten Schulen keine Waschgelegenheit gibt, in vielen Schulen keine Spucknapfe und dass in manchen Schulen die Beleuchtung ausserordentlich mangelhaft ist. Auch Wechselunterricht gibt es noch in manchen Schulen. Geräte für einen modernen Turnunterricht sind nicht vorhanden und ex/ an Spielplätzen mangelt es fast überall, obwohl jede Schule einen eigenen Spielplatz haben müsste. GR. Pfeiffer wendet sich sodann dagegen, dass in den Fortbildungsschulen Parteipolitik und zwar auch von den Schüler getrieben wird und verweist darauf, dass es eine Zeitung der kommunistischen Jugend, die "Schulgranate" gebe in der gegen die Gesellschaftsordnung aber auch gegen die sozialdemokratische Partei auf gehetzt wird. Gegen einen solchen Unfug muss eingeschritten werden. Schliesslich bringt GR. Pfeiffer dem Gemeinderat zur Kenntnis, dass ihm vor der Sitzung ein umfangreiches Material mit schweren Angriffen gegen das Wirtschaftsamt und gegen einzelne hervorragende Funktionäre dieses Amtes überreicht worden sei. Es wird zum Beispiel dem dem Wirtschaftsamt der Vorwurf gemacht, dass ein grosser Teil der Lebensmittel insbesondere für Wohltätigkeitsanstalten bei einem Werkzeugfabrikanten beschafft wird, der sie selbst wieder bei einer grossen Lebensmittelfirma kauft und sie zu teureren Preisen an die Gemeinde weitergibt. Auch noch zahlreiche andere Angriffe sind in diesem Material enthalten. Der Redner könne nicht glauben, dass alles das, was diese Schriften enthalten wahr ist, er habe dies nur vorgebracht um dem Stadtrat Kokrda die Möglichkeit zu geben, zu all diesen Angriffen Stellung zunehmen. Er erklärt, dass er gegen den Voranschlag stimmen werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E. L.)

GR. Merbaul (E. L.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass nunmehr die Grossmarkthalle ausgestattet werden soll. Er kritisiert sodann die Zustände in der Grossmarkthalle. Die Standbesitzer haben sich dort organisiert und ihr Obmann Kovacz hat sich dort so benommen, er hat Nichtorganisierte mit der Hundspeitsche geschlagen und sogar Frauen georfeigt (Hört! Hört! bei der E. L.) dass er das Verbot bekommen hat, einen Monat lang die Grossmarkthalle zu betreten. Jetzt erscheint der Mann wieder und es ist zu befürchten, dass es zu noch ärgeren Szenen in der Grossmarkthalle kommt. Der Stadtrat müsste hier eingreifen. GR. Merbaul bezeichnet es ferner als einen Fehler, dass der

Christkindlmarkt von der Stadt auf den Gürtel verlegt worden ist und verlangt, dass der Pachtzins auf den Märkten herabgesetzt wird. Schliesslich befasst sich GR. Merbaul mit der Baustoffbeschaffung und bemerkt, dass nun, nachdem einige Zeit dort ordentlich gewirtschaftet wurde, man scheinbar wieder mit den alten Methoden beginnt. Vor einigen Wochen ist im X. Bezirk ein Neubau begonnen worden und jetzt schon sind einige hundert Kubikmeter Sand ohne Offertausschreibung und zwar 16 Kilometer weit hingeführt worden, obzwar in der Nähe die Sandgruben des Lauerberges sind. Er ersucht darüber um Aufklärung und warnt davor eine ähnliche Katastrophe wie die Affäre Haas herbeizuführen. Ferner bittet er den St. R. Kokrda um Auskunft über die Zukunft des Naschmarkts. Die Leute der Umgebung beklagen sich über den Lärm in der Nachtzeit. Der Markt ist auch unzulänglich und hat auf dem Platz keine Berechtigung mehr. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Dr. Wagner (E. L.) kommt auf die Ausführungen des St. R. Breitner über die Vertragsverhandlungen betreffend das Lagerhaus zurück. Er stellt zunächst fest, dass auf den in Betracht kommenden Gelände wie im ganzen Prater die Besitzverhältnisse ausserordentlich kompliziert und verworren sind, dass ein Teil des Grundes der Gemeinde ein Teil dem Bunde gehöre. Nun hatte die Bundesverwaltung das löbliche Bestreben durch Tausch klare Eigentumsverhältnisse zu schaffen und hat darauf abzielende Vorschläge der Gemeinde schon im Jahre 1921 erstattet. GR. Wagner stellt nun an Hand der Akten in ausführlicher Weise den Gang dieser Vertragsverhandlungen dar und kommt zu dem Schlusse, dass die Gemeinde jahrelang durch alle möglichen Winkelzüge die Verhandlungen hinauszuziehen versucht hat, obwohl sich der Bund bereit erklärte der Gemeinde sowohl hinsichtlich des Bestandzinses sowie der Bestanddauer entgegenzukommen. Erst 7 Jahre nach dem ersten Vorschlage des Bundes hat die Gemeinde zum erstenmal dem Bunde konkrete Vorschläge gemacht. Die Bundesverwaltung ist der Gemeinde wiederholt in weitestgehender Weise entgegengekommen und zwar auch hinsichtlich der Mietzinshöhe, der Gemeinde waren alle diese Zugeständnisse aber noch zu wenig und sie hat den Bund in Wirklichkeit zugemutet, mit ihr einen leoninischen Vertrag zu schliessen, bei dem der Bund gar keinen Vorteil, die Gemeinde aber alle Vorteile gehabt hätte. Zu dem hat St. R. Breitner den Gemeinderat vollständig unrichtig informiert und die Bundesregierung ganz zu Unrecht beschuldigt, wenn er die Dinge so darstellte, als ob es der Bund in dieser Frage an der Fürsorge für die Wiener Häfen fehlen lasse. In Wirklichkeit hat es sich bei den in Betracht kommenden Gründen nämlich gar nicht um städtische Häfen, sondern darum gehandelt, dass die Lagerhausgründe für alle möglichen städtischen Betriebe als Einstellhallen benützt werden sollten. Da hat man den Bund noch zur Instandhaltung des Gebäudes verpflichten wollen. Auch in anderen Fällen werden die Verhandlungen von Seite der Gemeinde mit dem Bund in ausserordentlich gereizter und gehässiger Stimmung geführt. GR. Wagner schliesst seine Darlegungen mit der Feststellung, dass dem Bund keinerlei Schuld treffe, wenn der Vertrag betreffend das Lagerhaus nicht verlängert worden ist. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Stöger (E. L.) bemerkt, es wäre viel besser, wenn heute wie früher die bemittelten Eltern ihren Kindern die Schulbücher selbst kaufen würden und wenn mit dem von der Gemeinde so erübrigten Geld die notwendigen Bücher für die armen Kinder gekauft würden. Die Kinder haben nämlich heute druchaus nicht alle Bücher die sie notwendig brauchten. Vielfach fehlt es z. B. an Geographie und Geschichtsbüchern. Nach vielen Jahren hat das Lehrpersonal heuer das erste mal ein Handtuch beige gestellt bekommen. Vielleicht geht es doch auch auf ein Stücklein Seife aus. Man wird schliesslich auch Waschgelegenheiten und Douchengelegenheiten für das Turnen schaffen müssen. (Beifall)

GR. Altmayer (E. L.) erklärt, dass die Zustände in der Grossmarkthalle unhaltbar sind. Dem Marktamt wurden alle Rechte genommen. Falls man an eine Vergrösserung der Grossmarkthalle denkt, muss sie grosstädtisch durchgeführt werden. (Beifall)

GR. Höppeler (E. L.) erklärt, dass viele Ausgaben im Schulwesen gedrosselt werden. Er beantragt daher für Turnsaaleinrichtungen statt 60.000 Schilling 80.000 Schilling, für Gebäudeerhaltung statt 1'9 Millionen Schilling 2'5 Millionen Schilling und für Lehr- und Lernmittel statt 1'8 Millionen Schilling 2'2 Millionen Schilling im Budget vorzusehen. Viele Schulen befinden sich in einem sehr desolaten Zustand. Fenster und Türen verfaulen, viele Unfälle stehen auf der Tagesordnung. Der Redner bezeichnet die Elternvereine als eine marxistische Einrichtung, die für die Schulbetriebe schwer bluten mussten. So wurden von den Elternvereinen im Vorjahr nicht weniger als 329.000 Schilling aufgebracht. Die Elternvereine werden zu politischen Zwecken missbraucht. Der Geist im Schulwesen wird durch verschiedene Kinderlieder bewiesen. So singen Kinder: Der Pfarrer hebt den Dreck in die Höh' und glaubt es ist die Hostie. Ein anderes Lied: Wir haben Gott aus dem Herzen entfernt und haben wieder Lachen gelernt. Zu einer solchen Schule können wir kein Vertrauen haben. (Beifall)

GR. tin Schlösinger (E. L.) bezeichnet das Schulwesen als eines der traurigsten Kapitel. Das System der Schulungen kann man fast für nicht möglich halten. Obwohl die Schülerzahl von 125.000 auf 128.000 gestiegen ist, wurden

heuer 157 Klassen aufgelassen. Der Bericht des Stadtschulrates gibt die Zahl der umgeschulten Kinder mit 7684 an. Diese Zahl ist aber nicht vollständig, so dass man mit 9.000 bis 10.000 Kindern rechnen kann, die heuer umgeschult wurden. Die wahllose und planlose Umschulung ist eine furchtbare Brutalität, die den Kindern angetan wird. Nur grösste Gewissenlosigkeit und Verantwortungslosigkeit kann für diese Umschulungen das treibende Moment sein. Der Bericht des Stadtschulrates gibt weiters zu, dass in mehr als 300 Klassen mehr als 38 Kinder sitzen. Bei einer solchen Zahl ist der moderne Unterricht nicht möglich und Ihr ganzes Getue mit der Schulreform ist daher ein Bluff. Für die Umschulungen waren nicht pädagogische, sondern fiskalische und parteipolitische Grundsätze massgebend. A-Klassen und B-Klassen werden wahllos zusammengelegt, den Kindern wird also sozusagen die Begabung zudiktirt. Obwohl in der Schule die Trennung der Geschlechter notwendig ist, werden trotzdem die Knabenklassen und Mädchenklassen zusammengelegt. Solche Klassen gibt es 255 an deutschen und 49 an den tschechischen Schulen. In einer Hauptschule im XII. Bezirk erhalten die Knaben und Mädchen sogar den Schwimmunterricht gemeinsam obzwar das Hauptschulgesetz das ausdrücklich verbietet. Die Rednerin stellt einen Antrag, dass bei der Zuteilung der Volks-, Haupt- und Bürgerschulen in Klassen die gesetzlich geforderte Trennung der Geschlechter durchgeführt werde, und dass nur im alleräussersten Notfalle Koedukationsklassen geschaffen werden. Ferner wiederholt sie ihren im Vorjahr gestellten Antrag, dass in jedem Bezirk eine Klasse für sittlich verwahrloste Kinder geschaffen werden möge. In einer Mädchenhauptschule im XVI. Bezirk hat der Direktor angeordnet, dass die Kinder sich selbst klassifizieren und dass die Lehrer diese "Selbsteurteilungsnoten" in ihre Kataloge eintragen. Dieser Blödsinn muss abgestellt werden. Schliesslich stellt Grtin Schlösinger Anträge, dass bei Einführung neuer Lehr- und Lesebücher das Recht der Lehrer auf Mitberatung durch die Lehrerkonferenz gewahrt bleibe, und dass an den Volks- und Hauptschulen auch die für den katholischen Volksunterricht vorgeschriebenen Diözesanen Gebetbücher sowie die notwendige Klassenlektüre eingeführt werden. Sie spricht den Wunsch aus, dass den Vorstellungen der Opposition hinsichtlich des Schulwesens endlich Gehör geschenkt werde (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GR. Rummelhardt (E.L.) erklärt, es sei unmöglich, die konkreten Vorwürfe, die G.R. Höppeler gegen die Schulbehörde erhoben hat, einfach zur Kenntnis zu nehmen. Er stelle daher den Antrag, der Gemeinderat möge beschliessen, den Bürgermeister zu veranlassen, dass er dem Stadtschulrat den Auftrag erteile, die vom Gr. Höppeler angeführten Tatsachen zu untersuchen und die Schuldigen der verdienten Strafe zuzuführen. (Beifall bei der E.L.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

Die nächste Sitzung des Gemeinderats findet morgen um 16 Uhr statt.

Die Gemeinderatssitzung am Donnerstag wird um 17 Uhr beginnen. Am Freitag findet um 16 Uhr eine Sitzung des Wiener Landtages und im Anschluss daran eine Gemeinderatssitzung statt.